

Frohe Weihnachten
und ein gutes neues Jahr!



Besser für die Menschen.



CDU

KOMPROMISS IM VERMITTLUNGS-AUSSCHUSS

„Vorteile haben Nachteile überwogen“

Präsidium und Bundesvorstand haben die im Vermittlungsausschuss erzielten Kompromisse einhellig als „gutes Ergebnis“ für Deutschland und für die Union begrüßt.

Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel sagte: „Dank unserer Geschlossenheit haben wir eine Menge erreicht“. Die CDU habe sich mit ihrer Verknüpfung von

Fortsetzung Seite 2

INHALT

VOLKER KAUDER:
Reformkompromiss großer
Erfolg für CDU/CSU
SEITE 3

HANS-GERT PÖTTERING:
Krise als Chance nutzen
SEITE 7

DOKUMENTATION
Bürgerpartei CDU

■ Angela Merkel und Wolfgang Schäuble treffen Kofi Annan (Seite 5)
 ■ Saddam gefasst, „Psychologische Stimmung wird sich wesentlich ändern“ (Seite 5)
 ■ Preskestimmungen zum Reformkompromiss (Seite 6)
 ■ Rede von Norbert Lammert (Seite 8–10)
 ■ Die wahre Arbeitslosigkeit (Seite 11)
 ■ Jugendpresselounge (Seite 12)
 ■ EAK und Senioren Union: Alternativen zur aktiven Sterbehilfe (Seite 13)
 ■ Mitgliederwerbung: CDU ehrt erfolgreichste Werber (Seite 14)
 ■ kurz & bündig (Seite 15)
 ■ Dirk Fischer: LKW-Maut (Seite 16)
 ■ Peter Götz: Sparkassen im Wettbewerb (Seite 16)
 ■ Peter Hintze: EU-Finanzverhandlungen (Seite 17)
 ■ Zukunft der allgemeinen Wehrpflicht (Seite 17)
 ■ Peter Paziorek: EEG-Novelle nicht zustimmungsfähig (Seite 18)
 ■ Christian Schmidt trifft Geoff Hoon (Seite 19)

Fortsetzung von Seite 1

Arbeitsmarktreformen und Steuerentlastungen unter der Maßgabe einer soliden Finanzierung durchgesetzt, so die Partei- und Fraktionsvorsitzende. Während der Verhandlungen habe sich aber auch gezeigt, dass wirkliche Strukturreformen mit Rot-Grün „nur in einem sehr begrenzten Umfang möglich“ seien.

Die Union habe ihr Ziel erreicht, die Steuerentlastungen nicht größtenteils über neue Schulden und damit zu Lasten späterer Generationen zu finanzieren. Dies führe dazu, dass die Bürger am 1. Januar 2004 eine starke und ein Jahr später eine geringere Entlastung erhielten. In diesem Zusammenhang machte Angela Merkel deutlich, dass das Vorziehen der Steuersenkung, wie von Rot-Grün vorgeschlagen, durch die Streichung von Vergünstigungen dauerhaft überkompensiert worden wäre. Denn das Streichen von Eigenheimzulage und Pendlerpauschale hätte die Menschen mittelfristig stärker belastet als sie das Vor-

ziehen der Steuersenkung um ein Jahr entlastet hätte.

Konkrete Erfolge erzielte die CDU auch beim Kündigungsschutz. Er gilt jetzt für Neueinstellungen in Betrieben ab zehn Mitarbeitern. Arbeitslosenhilfe- und Sozialhilfebeziehern soll künftig jede Arbeit zugemutet werden können, so dass die bisherige Zumutbarkeitsregelung aus den Gesetzen gestrichen werden müsse. Bei der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sollen die Kommunen und Landkreise ein Optionsrecht erhalten. Danach können sie selbst entscheiden, ob sie die Verantwortung für die Vermittlung der erwerbsfähigen Arbeitslosengeld II-Empfänger übernehmen wollen oder nicht. Mit dieser Regelung werde ein „höchst mögliches Maß an Freiheit und Subsidiarität“ festgeschrieben, sagte die Oppositionsführerin.

Die CDU habe sich als „konstruktive Opposition“ erwiesen. „Wir haben gezeigt, dass wir Deutschland nicht an die Wand fahren“.

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhölzerstr. 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 02226-802-0, Telefax 02226-802-111/333, Vertrieb: Tel. 02226-802-213, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

VOLKER KAUDER:

Reformkompromiss ist **großer Erfolg** für CDU und CSU

Der Kompromiss im Vermittlungsausschuss ist ein großer Erfolg für CDU und CSU. Durch ihre geschlossene Haltung hat die Union erreicht, dass das Vorziehen der Steuerreform – wie von uns gefordert – nur zu rund 30 Prozent über neue Schulden finanziert wird.

Damit haben wir sicher gestellt, dass die Belastung auch für künftige Generationen nicht zu groß ist und dennoch im kommenden Jahr die Steuerlast für jeden Einzelnen – insbesondere für die unteren Einkommensgruppen – sinkt. Das ist ein positives Signal für den Standort Deutschland. Die Union hat durch ihre beharrliche Haltung und durch ihr geschlossenes Auftreten im Vermittlungsausschuss einen Kompromiss zu Gunsten der Menschen in diesem Land errungen. Die Bürger werden durch diese Lösung im Endeffekt mehr entlastet als durch den Vorschlag von Rot-Grün, der neben der vollen Steuerreform drastische Kürzungen bei der Pendlerpauschale und eine komplette Streichung der



Eigenheimzulage vorgesehen hätte. Der Spitzensteuersatz wird im Ergebnis auf 45 % und der Eingangssteuersatz auf 16 % abgesenkt.

■ **Arbeitslosen- und Sozialhilfe**

Das ausgehandelte Reformpaket trägt die deutliche Handschrift von CDU und CSU: Bei der Frage der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe haben wir erreicht, dass für Langzeitarbeitslose künftig jede legale Arbeit zumutbar sein soll. Ansonsten drohen Leistungskürzungen. Die von der SPD-Fraktion durchgesetzte Regelung, wonach Langzeitarbeitslose nur Arbeit zum ortsüblichen Tariflohn annehmen müssen, wird wieder gestrichen. Auch bei der Frage der Zuständigkeit für die Betreu-

ung Langzeitarbeitsloser konnte die Union einen wichtigen Erfolg erzielen: Die Kommunen sollen künftig das Recht erhalten, die Zuständigkeit an sich zu ziehen. Nur wenn sie von diesem Recht nicht Gebrauch machen, ist die Bundesanstalt für Arbeit zuständig.

■ **Kündigungsschutz, Tarifrrecht**

Bei der Lockerung des Kündigungsschutzes konnte die Union ebenfalls ihre Grundposition durchsetzen: Künftig wird der Kündigungsschutz bei Neueinstellungen erst für Betriebe mit mehr als zehn Mitarbeitern gelten. Alle derzeit Beschäftigten sind nicht betroffen. Bislang betrug der Schwellenwert fünf Beschäftigte. Hinsichtlich des Tarifrrechts wurde auf Drängen der Union eine Erklärung verabschiedet, in der Gewerkschaften und Arbeitnehmer aufgefordert werden, innerhalb eines Jahres freiwillige Vereinbarungen zu finden. Sollte dies nicht gelingen, wird die Union weiterhin auf einer gesetzlichen Regelung bestehen.

■ Gemeindefinanzreform

Bei der Reform der Gemeindefinanzen haben wir dafür gesorgt, dass Freiberufler entgegen den Plänen der Bundesregierung nicht in die Besteuerung mit einbezogen werden. Die Gewerbesteuerumlage wird von derzeit 28 auf 20 Prozent zurückgefahren. Dadurch erhalten die Kommunen Luft für dringend notwendige Investitionen.

■ Handwerksordnung

Bei der Reform der Handwerksordnung haben wir sichergestellt, dass der Meisterbrief in 41 – statt wie von der Regierung beabsichtigt in lediglich 29 Berufen – vorgeschrieben bleibt. Damit bleiben ca. 90% der bisherigen Betriebe in der Handwerksrolle. Gesellen können sich nach 6 Jahren selbständig machen, wenn sie 4 Jahre eine leitende Tätigkeit ausgeübt haben.

Bei der kleinen Handwerksnovelle konnte erreicht werden, dass nur innerhalb eines Gewerkes einfache Tätigkeiten ausgeübt werden. Wir haben damit für das Handwerk Schlimmstes verhindert.

■ Entfernungspauschale und Eigenheimzulage

Verhindern konnten wir, dass die Entfernungspau-

schale auf 15 Cent abgesenkt und die Eigenheimzulage komplett gestrichen werden. Stattdessen wird die Entfernungspauschale für Pendler lediglich auf 30 Cent abgesenkt, die Eigenheimzulage wird um 30 Prozent gekürzt. Auch hierüberwiegen die Vorteile die Nachteile, so dass wir diesem Kompromiss am Ende zustimmen konnten. Abschreibungen für Abnutzung werden künftig monatsgenau abgerechnet (früher: Halbjahres-AfA). Im Interesse der Menschen haben wir das Schlimmste verhindert und das in der derzeitigen Situation Bestmögliche herausgehandelt.

■ Subventionsabbau (Koch/Steinbrück)

Alle Subventionen, die nicht im Haushaltsbegleitgesetz enthalten sind, sollen in einem Schritt um 12 % gekürzt werden. Bei den Finanzhilfen bleibt es bei einer Absenkung in drei Schritten zu jeweils 4 %. Hierzu sind in der Abschlussitzung noch einige offene Fragen zu klären.

■ Tabaksteuer

Bei der Tabaksteuer hat man sich auf eine Erhöhung in drei Schritten um jeweils 1,2 Cent/Zigarette ab dem 1.3.2004 verständigt.

■ Fazit

Die Union hat immer gesagt: Wir lassen Deutschland nicht vor die Wand fahren. Auch in der Opposition sind wir uns unserer gesamtstaatlichen Verantwortung bewusst. Einmal mehr haben wir unter Beweis gestellt, dass CDU und CSU die einzige Kraft in Deutschland sind, die zum Wohle der Menschen Politik macht. Dennoch dürfen wir uns nicht darüber hinwegtäuschen lassen, dass weitere große Aufgaben noch vor uns liegen. Der ausgehandelte Kompromiss mit der Regierung war allenfalls ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Deutschland braucht endlich wieder Wachstum aus eigener Kraft und neue Arbeitsplätze. Dies wird erst mit einer neuen Bundesregierung unter Führung der Union möglich sein. Spätestens 2006 werden wir die Reformen in Angriff nehmen, die unser Land tatsächlich wieder nach vorne bringen.

[http://](#)

Eine detaillierte Auflistung der Ergebnisse aus dem Vermittlungsausschuss finden Sie unter:
www.cdunet.de

VEREINTE NATIONEN

SADDAM GEFASST

Angela Merkel **trifft** Kofi Annan



Kofi Annan (li) und seine Delegation beim Zusammentreffen mit Angela Merkel und Wolfgang Schäuble

Die Partei- und Fraktionsvorsitzende Angela Merkel ist in der vergangenen Woche mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, zusammengetroffen.

Begleitet wurde der UN-Generalsekretär von Klaus Töpfer, dem Leiter des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP). Auch der Außenexperte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, nahm an der Begegnung teil. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die Zukunft des Kyoto-Protokolls sowie sicherheitspolitische Aspekte.

Zu Beginn des Treffens gab der Generalsekretär der Vereinten Nationen eine kurze Einschätzung der aktuellen Lage im Irak und in Afghanistan. Zudem stellte er neben den sichtbaren Krisenherden die Bedeutung von AIDS, Armut und Umweltzerstörung für die weltweite Gefährdung der Sicherheit heraus. Die Partei- und Fraktionsvorsitzende Angela Merkel bekräftigte die Unterstützung der CDU für die Arbeit der Vereinten Nationen und dankte Kofi Annan für sein hohes persönliches Engagement im Dienste der Weltgemeinschaft.

„Psychologische **Stimmung** wird sich wesentlich ändern“

Über die Festnahme des früheren irakischen Diktators Saddam Hussein zeigten sich die Führungsgremien der CDU „sehr glücklich und froh“. Damit werde sich die psychologische Stimmung im Irak wesentlich verändern, erklärte Angela Merkel. „Saddam hat jetzt keine Macht mehr über die Menschen im Irak“, so Merkel. Die Festnahme sei ein „riesiger Erfolg“ zu dem sie den USA und den an der Ergreifung beteiligten Truppen gratulierte. Acht Monate nach seinem Sturz haben die USA Saddam Hussein doch noch gefasst. Der irakische Ex-Diktator ließ sich in der Nähe seiner Heimatstadt Tikrit in einem winzigen Erdloch widerstandslos festnehmen. „Meine Damen und Herren, wir haben ihn!“, sagte der oberste US-Verwalter im Irak, Paul Bremer in einer Pressekonferenz.

PRESSESTIMMEN

Wer den Kompromiss nur als „kleinsten gemeinsamen Nenner“ betrachtet, verkennet die Summe der Veränderungen. Der Weg ist das Ziel. Dabei geht der Blick endlich in eine neue Richtung. Am Ende steht der Systemwechsel in der Sozialversicherung (steuer- statt beitragsfinanziert) und in der Steuerpolitik (drei Stufen mit niedrigen Sätzen statt progressiver Tarif und Subventionsdickicht), steht ein flexiblerer Arbeitsmarkt.

Flensburger Tageblatt

Der Kanzler brauchte den Erfolg noch dringender als die Opposition, weil das Volk vor allem ihn 2006 an den Taten messen wird. Alles in allem hat die Regierung mehr Federn lassen müssen als die Union, die nicht blockiert und ihre Mitverantwortung fürs Ganze bedacht hat. Etliche Zugeständnisse, die Schröder zuvor der Linken in der SPD gemacht hat, sind wieder einkassiert. Schröder hat sein leichtfertiges Versprechen der großen Steuersenkung nicht einhalten können. Doch er kann zufrieden sein – so wie Angela Merkel auch.

Ihr ist es im Bunde mit Stoiber gelungen, die Union zusammen zu halten und starke eigene Akzente zu setzen.

Augsburger-Allgemeine

Auch wenn der Kanzler am Montag eine positive Bilanz des Kompromisses zu ziehen suchte, ist er mehr Verlierer als Sieger. Die Union hat seine Agenda 2010 langsam und seine Steuerreform langweilig gemacht und sich selbst als gleichwertige politische Kraft in Szene gesetzt. Schröder bleibt jederzeit angreifbar – als Flickschuster der alten Systeme – auf der Bühne zurück: verantwortlich für ein unübersichtliches Steuer- und Subventionssystem, verantwortlich für einen müden Kompromiss im Sozialsystem und bei der Krankenversicherung. Verantwortlich für alles. Wenn jetzt seine Hoffnungen auf Konjunktur, Konsum und Wachstum platzen, steht er ohne Hemd und Hose da.

Neue Presse, Hannover

Der erzielte Kompromiss kann sich letztlich sehen lassen, weil seine Finanzierung so gerade noch vertretbar ist. Die Steuerreform erfordert nun nur noch weniger als 25 Prozent Kreditfinanzie-

rung. Gerhard Schröder darf sich gar als Reform-Kanzler feiern lassen, der zumindest einen gewissen Teil seiner Agenda 2010 durchgesetzt hat. Dass der Regierungschef lange Zeit nicht von seinem grandiosen Irrtum lassen wollte, eine große Steuerreform auch mit nicht verantwortbaren Mitteln, ja beinahe mit dem Kopf durch die Wand durchsetzen zu wollen, gerät dabei beinahe in Vergessenheit.

Aachener-Zeitung

Die Umfragewerte täuschen: Die Schwäche der SPD ist die Stärke der Union. Beides korreliert, wie auf einer Waage. Wenn sich die Gewichte wieder verschieben sollten, wird deutlich werden, wie wichtig für die CDU ein Vorrat an Selbstverständlichkeiten ist. Die gesamte Union war ja immer mehr eine Gefühlsgemeinschaft als zwei Programmparteien, auf Ausgleich bedacht, immer in der politischen Mitte und damit nach allen Seiten vermittelnd, auf Sekundärtugenden geeicht, instinktiv konservativ, aber ihrer christlichen Tradition verpflichtet. Was bedeutet: dem Bürgertum Verbündete in der Arbeiterschaft zu suchen.

Der Tagesspiegel

HANS-GERT PÖTTERING:

Krise als **Chance** nutzen

Als „enttäuschend“ hat der Vorsitzende der EVP-ED Fraktion im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, den ergebnislosen Ausgang des EU-Gipfeltreffens in Brüssel bezeichnet. Es sei bedauerlich, dass über die europäische Verfassung trotz der guten Vorarbeit des Konvents auf Ebene der Staats- und Regierungschefs keine Einigung erzielt werden konnte.

„Die Krise muss jetzt als Chance genutzt werden, um doch noch zügig unter irischer Ratspräsidentschaft zu einem Abschluss der Verfassung zu kommen“, erklärte Pöttering. Es sei wichtig, dass die europäischen Bürgerinnen und Bürger vor der Europawahl im Juni 2004 ein klares Signal für die Zukunft Europas erhalten. Pöttering schlägt deswegen vor, Ende Februar einen Sondergipfel einzuberufen. Die Außenminister könnten die Zeit bis dahin nutzen und ein Ergebnis erarbeiten, das dann von den Staats- und Regierungschefs im Februar beschlossen werden kann. Schuldzuweisungen, so Pöttering, führten jetzt nicht weiter. Sowohl diejenigen, die das Ergebnis von Nizza als auch diejeni-



gen, die die doppelte Mehrheit als unumstößlich verteidigen, müssten sich jetzt bewegen. Europa sei immer durch Kompromisse und nicht durch dogmatische Festlegungen vorangekommen. „Die Errungenschaften der Verfassung sind so groß, dass das Gesamtprojekt nicht an der Stimmengewichtung

im Ministerrat scheitern darf“, erklärte Pöttering.

„Der Ausgang dieses Gipfeltreffens muss alle politisch Verantwortlichen aufrütteln. Neue und alte Mitgliedsländer der Europäischen Union müssen sich jetzt in aller Dringlichkeit die Frage stellen, ob sie mehr oder weniger Demokratie in der Europäischen Union, mehr oder weniger Einfluss in der Welt, mehr oder weniger wirtschaftliche und politische Sicherheit wollen. Die Europäische Union ist kein Selbstbedienungsladen, sondern jedes Mitgliedsland muss seinen Beitrag zum Erfolg leisten“, erklärte Pöttering.

BÜRGERPARTEI CDU

Unter diesem Schwerpunktthema steht die aktuellste Ausgabe von „CIVIS mit SONDE“. Namhafte Autoren, u.a. Laurenz Meyer (CDU-Generalsekretär), Wulf Schönbohm (ehemaliger Planungschef des Konrad Adenauer Hauses), Franz Josef Jung (hegischer Fraktionschef) und Markus Karp (Kommunikationswissenschaftler) analysieren die Entwicklung der CDU als Bürgerpartei aus unterschiedlichen Blickwinkeln.

Bestelldaten und nähere Informationen zu „CIVIS mit SONDE“, eine Vierteljahresschrift, die vom Freundeskreis des RCDS herausgegeben wird, finden Sie im Internet unter www.civismitsonde.de.



„Es geht um die Menschen“

Rede des Vizepräsidenten des Deutschen Bundestags, Norbert Lammert, zur Debatte „Antisemitismus bekämpfen“, vom 11. Dezember 2003.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die heutige vereinbarte Debatte hat einen konkreten Anlass und einen allgemeinen Grund. Der mit Abstand wichtigste Grund für diese Debatte ist, dass es in Deutschland nach wie vor Antisemitismus gibt – wie anderswo auch. Das ist bitter, aber es ist die Wahrheit. Die Wahrheit ist allerdings auch, dass Antisemitismus in Deutschland weniger stark zum Ausdruck kommt als in den meisten anderen europäischen und außereuropäischen Ländern.

Erst vor wenigen Tagen hat der amerikanische Journalist Robert Goldmann in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ zum Thema Antisemitismus Bezug genommen: auf die erschreckenden Angriffe auf Synagogen, Schulen und Friedhöfe, die wir in der näheren und ferneren Umgebung immer wieder registrieren. Er hat geschrieben – ich zitiere –:



„Dazu muss festgestellt werden, daß Deutschland in dieser Hinsicht eine Ausnahme ist... im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern sind die deutschen Behörden tatkräftig, und die öffentliche Debatte gibt dem Thema hohe Priorität.“

Diese Priorität macht die heutige vereinbarte Aussprache im Deutschen Bundestag einmal mehr deutlich. Wir beruhigen uns eben nicht mit dem Hinweis darauf, dass Antisemitismus kein exklusives deutsches Problem ist. Wir wissen: Nirgendwo in der Welt hat er so verheerende Folgen gehabt wie in Deutschland. Deshalb gibt es zu Recht eine besondere Sensibilität nicht nur der jüdischen Öffentlichkeit für Ereignisse und Entwicklungen in Deutschland. Deshalb gibt es in der Tat eine besondere

Verantwortung unseres Landes, die sich im Zeitablauf nicht erledigt hat.

Unser damaliger Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat in seiner berühmten Rede zum 8. Mai 1985 gesagt:

„Die Jungen sind nicht verantwortlich für das, was damals geschah. Aber sie sind verantwortlich für das, was in der Geschichte daraus wird.“

**Junge Generation
nimmt Verantwortung
ernst**

Ich habe überhaupt keinen Zweifel daran, dass gerade die junge Generation in Deutschland diese Verantwortung sehr ernst nimmt. In der Bundestagsdebatte vom Juni 1999 zur Errichtung eines Mahnmals für die ermordeten Juden Europas habe ich gesagt, dass für mich ganz persönlich die Erfahrung des Holocaust zu den Gründungsdokumenten dieser Republik gehört. Die Erinnerung an das Geschehene – so heißt es in dem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen – ist Teil unserer

nationalen Identität. Nationale Identitäten sind wichtige, aber nicht immer stabile Verbindungen zwischen der Vergangenheit und der Zukunft eines Landes. Sie transportieren Erinnerungen und Erfahrungen, Glückserfahrungen und Leidenfahrungen. Die klügsten, jedenfalls eindrucksvollsten Bemerkungen, die ich zum Umgang mit Geschichte und Erinnerung, mit Gedächtnis und Erfahrungen je gelesen habe, habe ich bei Andrzej Szczypiorski gefunden, dem großen polnischen Autor, nach dem Zusammenbruch des Kommunismus für die Solidarnosc in den polnischen Senat gewählt, Mitglied des deutschen Ordens „Pour le mérite“. In seiner Rede 50 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges vor dem niederländischen Parlament in Den Haag hat er Bezug genommen auf seine Teilnahme am Warschauer Aufstand und seine Verschleppung in das KZ Sachsenhausen.

„Als man mich im Viehwaggon abtransportierte, sagte Szczypiorski in dieser Rede – war ich voller Hass, Angst und Rachegefühle. Am 2. September 1944 bekam ich auf der Lagerrampe zum ersten Mal eines mit dem

Ochsenziemer über den Rücken, weil ich zu langsam aus dem Waggon sprang. Ich bekam diesen Schlag von einem Lager-Kapo, der kein Deutscher war, sondern Franzose. Wenige Tage später gab mir ein deutscher Häftling, der seit 1934 in Sachsenhausen saß, ein Stück Brotkruste, damit ich meinen Hunger stillen konnte.

Damals brach in mir eine historische, philosophische und politische Konstruktion zusammen, die mich in allen vorhergehenden Kriegsjahren begleitet hatte; denn ich sah Deutsche, die meine Kameraden im Unheil waren, und sah Polen, die mich im KZ verfolgten. Ich wurde geschlagen von einem Holländer, zusammen mit einem anderen Häftling, ebenfalls einem Holländer. Ich aß aus einer Schüssel mit einem Deutschen, diese Schüssel aber nahm uns ein Ukrainer weg und vertrieb uns mit Fußtritten. Ich sah, wie ein Deutscher einen Deutschen quälte, ein Pole einen Polen, ein Holländer einen Holländer, ein Franzose einen Franzosen; so, wie ich zwei Jahre zuvor auf einer Warschauer Straße gesehen hatte, wie ein Jude einen anderen Juden den deutschen Gendarmen auslieferte.

Seit jenen Tagen untersehe ich deshalb die Nationalitäten nicht mehr. Die Nationalität eines Menschen kümmert mich nicht. Ich interessiere mich nicht für die Vergangenheit der Deutschen, der Holländer, der Polen. Ich weiß nur, was ich nicht vergessen habe: die Menschen und die Unmenschen. Ich will bei den Menschen bleiben.“

Juden und Christen teilen elementare Überzeugungen

Darum, liebe Kolleginnen und Kollegen, gehtes im Kern: um die Menschen, nicht um Deutsche oder Polen, um Juden oder Christen. Juden und Christen teilen im Übrigen elementare Überzeugungen, die den geistigen Boden für Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie bereitet haben: die Gottesebenbildlichkeit, die Einzigartigkeit, die unveräußerliche Würde des Menschen. Auch wegen dieser gemeinsamen Überzeugungen darf es im Reden, Denken und Handeln für Antisemitismus „keinen Platz in Deutschland“ geben, wie es in unserem Antrag heißt.

Antisemitismus, wo immer er auftritt, ist nicht ak-

zeptabel; in Deutschland ist er unerträglich. Hier ist wirklich die Solidarität der Demokraten gefordert, von der vielleicht in manchen anderen Zusammenhängen etwas vorschnell geredet wird, immer dann, wenn es um Grundlagen, um Strukturprinzipien unserer Verfassung, um die institutionelle wie die geistige Verfassung unseres Landes geht. Parteipolitischer Wettbewerb ist unverzichtbar. Aber in solchen Grundsatzfragen darf es keine vordergründige Rivalität geben und auch keine taktischen Zweifel am Konsens der Demokraten.

Politische Klasse steht demonstrativ zusammen

In der Regel ist dies nach meinem Eindruck hier zu Lande gewährleistet. Wann immer es Anschläge oder Übergriffe gegen jüdische Bürger oder Einrichtungen gibt, ist die einmütige, demonstrative Haltung der ganzen politischen Klasse in Deutschland, dies nicht zu dulden, nicht wegzuschauen, sondern einzugreifen und solche Attacken als Anschläge auf unsere Gesellschaft und ihre demokratische Verfassung zurück-

zuweisen. Auch das unterscheidet das heutige Deutschland von seiner Vergangenheit.

Schwierige Geschichte

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Land ist nicht nur Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches wie der Deutschen Demokratischen Republik. Es trägt auch das Erbe zweier Diktaturen in Deutschland, die aber eben nicht die ganze deutsche Geschichte sind. Deswegen ist es intellektuell nicht redlich und politisch unverantwortlich, die tausendjährige Geschichte auf wenige Jahre reduzieren zu wollen. Ja, Deutschland ist ein Land mit einer schwierigen Geschichte. Aber es gibt nur wenige Länder in der Welt, die sich den düsteren Kapiteln ihrer Geschichte ähnlich wie wir gestellt haben und dafür bis heute Verantwortung übernehmen. Darauf wollen wir nicht stolz sein. Aber bestreiten lassen dürfen wir das auch nicht.

Der Schweizer Präsident der Berliner Akademie der Künste, Adolf Muschg, hat vor wenigen Tagen in der öffentlichen Debatte über jetzt bekannt gewordene NSDAP-Mitgliedschaften

prominenter deutscher Literaturwissenschaftler die „Exzesse der Korrektheit“ kritisiert, welche „die Gesellschaft unfrei machen, unfähig sogar zum Respekt vor ihrer eigenen Leistung“. Diese Mahnung ist sicher berechtigt. Aber sie ist sicher nicht nur für Walter Jens zutreffend.

Die schönste Vertrauenserklärung

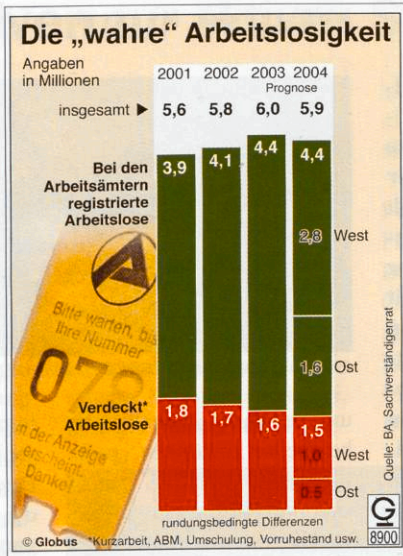
Auch wenn uns in Staat und Gesellschaft weiß Gott nicht alles gelingt: Deutschland ist ein großartiges Land, auf das viele Menschen überall in der Welt mit Respekt und gelegentlich mit Bewunderung blicken. Dass es nach den traumatischen Erfahrungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts noch jüdisches Leben in Deutschland gibt, dass inzwischen wieder viele Tausend jüdische Bürger hierher gekommen sind, hier leben und arbeiten, hier Kinder großziehen und hier bleiben wollen, das ist die schönste, überwältigende Vertrauenserklärung, die es für die zweite deutsche Demokratie je gegeben hat.

Dafür sind wir dankbar. Wir werden mit ganzer Kraft dafür arbeiten, dass es so bleibt.

Die „wahre“ Arbeitslosigkeit

Die amtliche Statistik der Bundesanstalt für Arbeit spiegelt nur einen Teil des Problems Erwerbslosigkeit wider.

Rund 4,4 Millionen Frauen und Männer werden nach einer Prognose des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Jahresdurchschnitt 2004 bei den Arbeitsämtern als Arbeitslose registriert sein. Hinzuzählen muss man allerdings noch jene 1,5 Millionen Menschen, die als verdeckt



Arbeitslose bezeichnet werden. Sie müssen ungewollt

Kurzarbeit leisten oder nehmen an Fortbildungs- oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen teil; sie lassen sich umschulen oder sind – mehr oder weniger freiwillig – in den Vorruhestand verabschiedet worden. Zählt man offene und verdeckt Arbeitslose zusammen, so sind im Jahr 2004 rund 5,9 Millionen Personen in Deutschland ohne Job. Das bedeutet: Etwa jeder Siebte (13,8 Prozent), der arbeiten kann und will, ist ganz oder teilweise vom Arbeitsleben ausgeschlossen.

FROHE WEIHNACHTEN PER OSTERHASEN

Der sächsische Ministerpräsident Prof. Dr. Georg Milbradt wünschte den rund tausend Delegierten beim CDU-Bundesparteitag in Leipzig mit einem ungewöhnlichen Motiv ein frohes Weihnachtsfest. Um zu verdeutlichen, dass die Sachsen ein besonders innovatives und vorausschauendes Völkchen sind, grüßt der Landesvater und CDU-Vorsitzende in Sachsen mit dem Slogan 'Sachsen-wieder einen Schritt voraus' und wünscht ein frohes Weihnachtsfest.



Die Redaktion des UiD bedankt sich bei allen treuen Leserinnen und Lesern und wünscht ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein glückliches Neues Jahr.

Jungredakteure erleben Parteitag live

VON JOCHEN MARKETT

Ungewöhnliche Geständnisse am Rande des CDU-Parteitags: Peter Hintze will in Zukunft weniger Lebkuchen essen. Auch Roland Koch will schlanker werden. Laurenz Meyer weiß, dass er mit dem Rauchen aufhören sollte. Und Jürgen Rüttgers braucht wegen chronischer Zeitnot noch ein Dreivierteljahr, um endlich fünf Lampen und ein Brett im Badezimmer anzubringen.

Manchmal muss man einfach nur die richtigen Fragen stellen, dann geraten die Politiker ins Plaudern. Offenbar den Nerv getroffen haben die 20 jungen Medienmacher, die auf dem CDU-Bundesparteitag in Leipzig eine Jugendpresselounge veranstalteten. „Was muss bei Ihnen zuhause reformiert werden?“ wollten die 15- bis 25-Jährigen in ihrer Umfrage wissen – und erhielten die zitierten, offenerherzigen Antworten.

Den jungen Redakteuren aus ganz Deutschland ging es aber nicht nur darum, private Einsichten zu gewinnen – sie wollten vor allem einen Parteitag einmal live vor Ort erleben, wollten die politischen Themen besser verstehen,



Redaktionskonferenz der Jugendpresselounge

um sie dann journalistisch bearbeiten zu können. „politikorange“ heißt die Veranstaltungszeitung der jungen Redakteure für (nicht nur) junge Leser, die in der kommenden Woche in einer Auflage von 20.000 Stück erscheint und an Interessierte – vor allem Schülerzeitungsredakteure – in der ganzen Republik verschickt wird. Organisiert hat diese Jugendpresselounge die Jugendpresse Deutschland in Kooperation mit der CDU, der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Jungen Union.

Die Institution der Jugendpresselounge ist jedoch überparteilich. Die Redaktion konnte deshalb auch unabhängig arbeiten und ihre eigene, jugendlich kritische Herangehensweise an den Parteitag finden (eine Auswahl der politikorange-Artikel ist bereits jetzt unter

<http://cdu.yaez.de> nachzulesen). So suchte Jan Hendrik Peters das soziale Gewissen der CDU und fand den Slogan: „Sozial ist, was Arbeit schafft!“ Tobias Hentze versuchte, die Gesundheitsprämie zu verstehen. Und Hans Heyn musste feststellen, dass der Kinderhort auf dem CDU-Parteitag weitgehend ungenutzt blieb.

In der Jugendpresselounge – einem großen Redaktionsraum in der Pressehalle – fanden sich auch prominente Politiker zum Interview ein. JU-Chef Philipp Mißfelder forderte Chancengleichheit für seine Generation und erfuhr anschließend aus dem Munde von Friedrich Merz, dass der doch relativ wenig Angst vor der Jungen Union hat – vermutlich, weil, er selbst mal drin war.

Mehr Infos unter:
www.jugendpresse.de

Alternativen zur aktiven Sterbehilfe

Zusammen mit der Senioren Union (SU) hatte der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) zum 13. Berliner Theologischen Gespräch (BTG) geladen, das diesmal unter dem Motto „Abschied in Würde – Alternativen zur aktiven Sterbehilfe“ stand. Die gemeinsame Veranstaltung von EAK und SU sollte gleichzeitig ein deutliches Signal für die gute Zusammenarbeit innerhalb der Union sein.

Der Bundesvorsitzende der SU, Prof. Wulff, begrüßte die ca. 130 Interessierten, die sich in der Vorweihnachtszeit im Konrad-Adenauer-Haus eingefunden hatten, um sich über dieses ernste, aber wichtige Thema zu informieren und zu diskutieren. In seinen einführenden Worten machte der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises, Thomas Rachel MdB, anschließend deutlich, dass angesichts der in den Niederlanden praktizierten Euthanasie in jedem Fall verhindert werden müsse, dass dieses Land Vorbild für eine zukünftige Gesetzesregelung in der Bundesrepublik werde. Aktive Sterbehilfe sei

die falsche Antwort auf schwerwiegende Probleme am Lebensende.

Der Bonner Systematische Theologe, Prof. Dr. Ulrich Eibach, ging in seinem Vortrag auf die Argumente der Befürworter aktiver Sterbehilfe ein. Das Hauptargument in der niederländischen Argumentation sei, dass die Freiheit als ein Be-

lung, da sie normativ, ethisch und gesetzlich nicht fasstbar seien.

Aus einer ganz anderen Perspektive beleuchtete Prof. Klaschik das Thema. Der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin und Chefarzt der Abteilung für Schmerztherapie am Malteser-Krankenhaus in Bonn berichtete über seine



standteil der Menschenwürde angesehen werde, woraus sich aus Sicht der Befürworter das Recht auf Selbsttötung ableiten lasse. Seines Erachtens gebe es jedoch kein lebensunwertes Leben, jedoch gebe es Grenzfälle, bei denen aus der Sicht der Patienten der eigene Leidensdruck so groß sei, dass das Leben für sie nicht mehr lebenswert erscheine. Für diese Fälle bedürfe es jedoch keiner gesetzlichen Rege-

vielfältigen Erfahrungen mit unheilbar erkrankten Patienten. Sehr eindrücklich schilderte er anhand von Beispielen, dass der Einsatz der Palliativmedizin in vielen Fällen Menschen davor bewahrt habe, sich das Leben zu nehmen bzw. von dem Wunsch abgebracht habe, aktive Sterbehilfe einzufordern. Er forderte deshalb die Ausweitung der Palliativmedizin als menschenwürdige Alternative zur aktiven Sterbehilfe.

CDU ehrt erfolgreichste Werber

Im Juli wurde die bundesweite Kampagne zur Werbung neuer Mitglieder gestartet. Sie ist inzwischen in Schwung gekommen: Seit Beginn der Kampagne konnten über 9300 neue Mitglieder in der CDU begrüßt werden. Zahlreiche Kreis- und Ortsverbände haben sich mit eigenen Aktionen an der Kampagne beteiligt und so zum Erfolg der Kampagne beigetragen.

Einige kreative Aktionen wurden bei einer Ausstellung zur Mitgliederwerbung im Rahmen des 17. Parteitag in Leipzig präsentiert. Die Kampagne beweist: Wer sich vor Ort engagiert um neue Mitglieder bemüht, hat gute Chancen, erfolgreich zu sein. Die CDU lebt von ihren Mitgliedern. Sie

und ihre Ideen sind das Fundament für unsere politische Arbeit.

Sollten Sie vor Ort erfolgreiche Aktionen durchgeführt haben, wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie diese der CDU-Bundesgeschäftsstelle mitteilen. Unsere E-Mail-Adresse: mitgliederkampagne@cdu.de.

Anlässlich des Leipziger Parteitag wurde eine Zwischenbilanz gezogen. Folgende Verbände schnitten am erfolgreichsten ab:

■ Beste Kreisverbände

(Mitgliederzuwachs im Saldo):

1. KV Paderborn + 177
2. KV Vechta + 119
3. KV Hamburg-Wandsbek + 74

■ Beste Kreisverbände

(Steigerung in %):

1. KV Gera + 22,7 %
2. KV Chemnitz + 9,7 %
3. KV Brandenburg/Havel + 6,0 %

■ Beste Ortsverbände (im Saldo):

1. OV Hövelhof + 179
2. OV Vechta + 96
3. OV Lage-Stadt + 55.

CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer hat die jeweils ersten Verbände im Rahmen des Sachsen-Abends in Leipzig ausgezeichnet. Belohnt wurde auch der beste Botschafter, Herbert Winter aus Hamburg, der in vier Monaten 41 neue Mitglieder geworben hat. Die Kampagne läuft weiter. Daher bitten wir Sie: Machen Sie mit, werben Sie neue Mitglieder für die CDU.

GRUND ZUM FEIERN

„Jedes neue Mitglied ist ein Grund zum Feiern – und wir haben hunderte davon!“ – unter diesem Motto veranstaltete die CDU in Niedersachsen am 5. Dezember erstmals eine Party für alle neuen Mitglieder und ihre Werber im Werkhof in Hannover.

Vom 1. Juni bis zum 31. Oktober 2003 sind im Rahmen einer Mitgliederwerbungsaktion fast 1000 neue

Mitglieder geworben worden. Rund 300 Neumitglieder und ihre Werber feierten in der Nacht vor dem Nikolaustag gemeinsam mit dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff, Innenminister Uwe Schünemann und Generalsekretär Friedrich-Otto Ripke ihren Eintritt in die Gemeinschaft der CDU. „ffn-Morgenman Franky“ führte durch das

Programm. Im Rahmen eines bunten Programms mit Live-Musik, Akrobatik und der Verlosung der Preise der Mitgliederwerbungsaktion konnten die Party-Gäste sich untereinander kennenlernen. Erste Kontakte mit erfahrenen Kommunalpolitikern, Landtagsabgeordneten und Mitgliedern der Landesregierung wurden geknüpft.

ABSOLUTE MEHRHEIT.

Die SPD ist dem neuen ZDF-„Politbarometer“ zufolge in der Wählergunst auf ein Rekordtief gesunken. Den Angaben vom Freitag zufolge rutschten die Sozialdemokraten im Monatsvergleich von 29 auf 28 Prozent ab. Dies ist das schlechteste Ergebnis seit dem Start des „Politbarometers“ im Jahr 1977. Die Union könnte dagegen mit stabilen 48 Prozent gegenwärtig eine absolute Mehrheit im Bundestag erreichen. Die Grünen liegen weiter bei 10 und die FDP bei 5 Prozent, die PDS verharrt bei 4 Prozent.

DÜSTERE STIMMUNG.

Der deutsche Mittelstand schätzt die wirtschaftliche Lage hierzulande nach wie vor als düster ein. 69 Prozent der mittelständischen Unternehmer halten die Situation ihrer eigenen Firma für nicht gut, wie aus der vom „Manager Magazin“ vorgestellten Studie „Perspektive Mittelstand“ hervor geht. Noch schlechter beurteilen die Unternehmer die wirtschaftliche Lage Deutschlands insgesamt. Für zwei Drittel der Befragten sei sie „eher schlecht“ oder „sehr schlecht“. Nur drei Prozent der 512 befragten Unternehmer aus dem Mittelstand hielten die Lage für gut. Ärgernisse seien insbesondere die

Steuergesetze, zu viel Bürokratie und eine mangelnde Förderung des Mittelstands.

SUBVENTIONSABBAU

möglich. Etwa ein Drittel aller Subventionen in Deutschland könnte nach Einschätzung der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) ohne größere rechtliche Hemmnisse kurzfristig gestrichen werden. Die Initiative schlug auf Grundlage einer IfW-Studie vor, diese knapp 52 Milliarden Euro innerhalb von vier Jahren um jeweils 25 Prozent abzubauen. Kumuliert würde ein Abbau um jährlich 25 Prozent in vier Jahren Gesamteinsparungen von mindestens 129 Milliarden Euro ergeben.

UNTERNEHMEN

wandern ab. Mit der EU-Osterweiterung zieht es deutsche Konzerne zunehmend ins benachbarte Ausland. Einer Studie des Deutschen Industrie- und Handelskammertages zufolge plant jedes vierte Industrieunternehmen, zumindest Teile der Produktion ins Ausland zu verlagern. In den vergangenen drei Jahren hätten bereits 18 Prozent der Betriebe diesen Schritt gewagt. Dabei gehe es nicht mehr nur um lohnintensive Fertigung. Inzwischen

werde neben der Verwaltung, Forschung und Entwicklung sogar die Verlagerung der Unternehmensführung in Betracht gezogen. Vorrangiges Ziel seien neben anderen Staaten der Europäischen Union (EU) die Länder Mittel- und Osteuropas. Hauptgründe für die Abwanderung seien neben hohen Steuern und Arbeitskosten das strikte deutsche Arbeitsrecht.

RENTEN-LÜCKE.

Vielen jüngeren Beschäftigten droht nach einer Studie des Deutschen Instituts für Altersvorsorge (DIA) eine gravierende Einkommenslücke im Alter. Die von der Regierung angepeilten Reformen in Verbindung mit der Besteuerung der Renten lassen danach das Nettorentenniveau langfristig von derzeit 70 auf nur noch etwa 50 Prozent sinken. Zwischen Erwerbseinkommen und monatlichen Nettorenten klaffe dann im Jahr 2040 je nach Verdiensteine Differenz zwischen 274 und 1078 Euro im Monat, gerechnet in heutigen Preisen. Zur Schließung dieser Lücke reiche auch die staatlich geförderte Riester-Rente nicht aus. Auch Durchschnittsverdiener seien nach den Rechenergebnissen gut beraten, zwischen 6 und 10 Prozent ihres Bruttoeinkommens anzusparen.

DIRK FISCHER:

In Sachen Maut eiert Stolpe wieder herum



Zur erneuten Verschiebung der LKW-Maut erklärte der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die erneute Fristsetzung zeigt, welch schlechte Karten Bundesminister Stolpe für seine Verhandlungen mit Toll Collect in Sachen Maut hat.

Die Verhandlungen sind geprägt durch einen schlechten Vertrag zu Lasten des Steuerzahlers und noch miserablen Zugeständnissen im Hinblick auf einen Haftungsaufschub durch das so genannte Eckpunktepapier. Dieses – von Stolpe persönlich unterschriebene – Papier sieht eine Haftung erst ab 1.1.2004 vor. Ferner stellte Stolpe dem Konsortium sogar eine Haftungshöchstgrenze ab 1.1.2004 in Aussicht.

Bereits im Mai wusste Stolpe, dass die Mautein-

führung nicht klappt, dennoch wurde diese Tatsache von ihm immer wieder verschleiert. Zu diesem Zeitpunkt gab es in Deutschland ein noch funktionierendes Eurovignettensystem. Stolpe hätte locker mit den Verbundstaaten über eine Verschiebung des Ausstiegstermins aus dem Eurovignettenverbund verhandeln können, um so zumindest den Schaden zu minimieren.

Das Handeln Stolpes in Sachen Maut ist aber geprägt durch Interessenlosigkeit und mangelndes Controlling. Von diesem Minister ist für die Belange Deutschlands nichts mehr zu erwarten.

Auch die erneute Fristsetzung dient nur dem taktischen Zweck, persönlich in der friedvollen Weihnachtszeit ohne große Kritik davonzukommen. Da täuscht sich aber Stolpe, denn ein brennender Weihnachtsbaum wird nicht übersehen.

PETER GÖTZ:

Sparkassen im Wettbewerb

Zu der Debatte über die Fusion von Sparkassen und Privatbanken erklärt der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:



Die deutschen kommunalen Sparkassen sind ein Erfolgsmodell im Wettbewerb und erfüllen wichtige Aufgaben für das Gemeinwohl:

- Sie eröffnen ein Girokonto für jedermann. Private Banken können Kunden ablehnen. In anderen Industrieländern ohne Sparkassen haben deshalb viele ärmere Menschen keine Bankverbindung.

- Sparkassen halten ein dichtes Filialnetz aufrecht, auch in dünn besiedelten ländlichen Regionen. Private Banken haben sich dort zurückgezogen. In anderen Industrieländern gibt es in vielen ländlichen Gebieten keine Bankdienstleistungen mehr.

- Sparkassen bieten hervorragende Leistungen für den Mittelstand. Private Banken haben diesen Sektor vernachlässigt. Auch deshalb sind Sparkassen wichtig für unsere Wirtschaft.

- Sparkassen tragen maßgeblich zur Finanzierung der

Kommunen bei. Private Banken leisten dies weit weniger.

Deshalb darf das Erfolgsmodell „Sparkasse“ nicht beschädigt werden. Regionalprinzip, Orientierung am Wettbewerb und öffentlich-rechtliche Trägerschaft, dies sind die Grundlagen für den Erfolg. Sie müssen bleiben.

Alle Überlegungen zum Verkauf von Sparkassen an private Kreditinstitute wie in Stralsund oder wie von Finanzstaatssekretär Koch-Weser in die Diskussion gebracht sind streng zurückzu-

weisen. Das führt zum Aufweichen der drei Säulen des Deutschen Bankensystems mit privaten Banken, Genossenschaftsbanken und Sparkassen.

In diesem System haben sich die kommunalen Sparkassen mit ihrem dichten Filialnetz, der Spezialisierung auf den Mittelstand und dem Konto für jedermann erfolgreich im Wettbewerb platziert. Die Sparkassen sind gesund. Die deutsche Privatbanken sollen ihre Krise selbst kreativ lösen und

nicht mit einem Angriff auf die Sparkassenkonkurrenz.

PETER HINTZE:

Bitterer Vorgeschmack auf EU-Finanzverhandlungen

Anlässlich der Verabschiedung der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) im Bundeskabinett erklärt der umweltpolitische Sprecher der

WEHRPFLICHT - ODER DIE PFLICHT ZU SCHÜTZEN?

„Entgegen aller Beteuerungen ist rot-grün dabei, die Allgemeine Wehrpflicht abzuschaffen“, sagte Anita Schäfer, CDU-Abgeordnete im Verteidigungsausschuss.

Sie kritisierte die von Rot-Grün begonnene Diskussion um die Abschaffung der Wehrpflicht als zu kurz gedacht: „Auf dem Altar des Koalitionsfriedens und des Zeitgeistes soll eine sicherheitspolitische und gesellschaftliche Institution beseitigt werden, ohne sich über die Konsequenzen im Klaren zu sein“, so Schäfer.

Die Wehrpflicht in der geplanten Form werde weder den jungen Männern noch der Sicherheitslage gerecht. Die Frage dürfe nicht lauten, ist die Wehrpflicht gerecht, sondern,

wie löse ich anstehende Aufgaben, wie schütze ich Deutschland und seine Bürger und können Wehrpflichtige dabei einen Beitrag leisten?

„JA, sie können. Alle Politiker und Sicherheitsexperten sprechen von einem erweiterten Sicherheitsbegriff, nur weigert sich rot-grün, die Wehrpflicht an diese erweiterten Anforderungen anzupassen“, erklärte Schäfer. Deutschland und seine Bürger schützen, das müsse nicht zwangsläufig mit Panzer und Gewehr geschehen. Vorsorge vor großen Anschlägen oder Naturkatastrophen müsse heute auf dem Aufgabenzettel der Bundeswehr stehen. „Vorsorge heißt aber auch, sich um die Menschen in diesem Land zu kümmern, ja sich um dieses

Land und seine Natur zu kümmern“, so Anita Schäfer. Wehrpflicht als Dienst an der Gemeinschaft müsse ganzheitlich zum Schutz und zum Erhalt dieser Gemeinschaft und ihrer Lebensgrundlagen dienen. Wehrpflicht könne so gestaltet werden, dass jeder junge Mann seinen Beitrag zum Wohle der Bürger leisten kann. Wenn jeder nach seinen körperlichen und geistigen Fähigkeiten einen geeigneten Dienst leiste, dann könnten junge Männer einen wichtigen Beitrag bei Bundeswehr, Feuerwehr, Katastrophenschutz, Umweltschutz, ja auch bei Polizei und Bundesgrenzschutz, ja in allen Bereichen staatlicher und gesellschaftlicher Aufgabenerfüllung leisten, sagte Schäfer.



CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag:

Die heute vom Bundeskabinett verabschiedete Novelle des EEG ist für die Union nicht zustimmungsfähig. Sie muss in wesentlichen Teilen bei den anstehenden Beratungen im Deutschen Bundestag überarbeitet werden. Zwar bekennt sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Verdopplungsziel der Europäischen Union, den Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch bis zum Jahr 2010 auf 12,5 Prozent zu erhöhen. Aber insbesondere mit Blick auf eine effizientere Gestaltung der Förderung der einzelnen erneuerbaren Energien und der Begrenzung der Kosten bestehen noch erhebliche Defizite. Auch wird die Union eine Vernachlässigung von Biomasse und Wasserkraft gegenüber der Windenergie nicht akzeptieren.

So muss bei der Windenergie sichergestellt werden, dass es zu keinem weiteren Zubau an windungünstigen

Standorten kommt und die Überförderung an windgünstigen Standorten beendet wird. Die Vorschläge der Bundesregierung reichen dafür nicht aus. Die Biomasse ist der große Verlierer der Novelle. Die vorgeschlagene Verkürzung des Förderzeitraums und die Ausgestaltung der Fördersatzte gefährden deren Existenz. Gleichzeitig wird dadurch auch die Erschließung weiterer Biomasse-Potenziale verhindert. Die Union wird eine solche Politik nicht mitmachen.

Durch die Einbeziehung naturrechtlicher Vorschriften in das EEG wird die Existenz der kleinen Wasserkraft gefährdet. Diese naturrechtlichen Vorschriften haben im EEG nichts verloren.

Die vorliegende EEG Novelle reicht jedoch nicht aus, um die erneuerbaren Energien zielorientiert und effizient zu fördern. So setzt sich die Union für eine Förderung der Windenergie im Offshore-Bereich ein, hier aber soll mit dem Ausschreibungsmodell ein neues Fördersystem eingeführt werden.

Die Union fordert die Bundesregierung, insbesondere den Bundesumweltminister auf, die vorliegende EEG Novelle noch einmal deutlich nachzubessern. Nur so kann es zu einer Förderung der erneuerbaren Energien

kommen, die ökologisch und ökonomisch sinnvoll ist.

PETER PAZIOREK:

EEG-Novelle in dieser Form nicht zustimmungsfähig



Zum Scheitern des Europäischen Rats in Brüssel erklärt der europapolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Es war richtig, dass der Bundeskanzler seinen Fehler von Nizza nicht wiederholt hat und einer undemokratischen Stimmengewichtung im Europa der 25 seine Zustimmung verweigert hat. Probleme, die wir heute nicht lösen, holen uns morgen ein. Das Scheitern der EU-Verfassung an der Frage demokratischer Abstimmungsregeln hinterlässt einen bitteren Vorgeschmack auf zukünftige EU-Finanzverhandlungen. Der solidarische Finanzausgleich in Europa wird nur dann Bestand haben, wenn faire Abstim-

mungsregeln gelten. Der Verfassungsgipfel begann hoffnungsvoll und endete als Trauerspiel. Ich setze jetzt darauf, dass es der irischen Präsidentschaft gelingt, die großen Fortschritte, die der Konvent erarbeitet hat, zu sichern. Das, was Parlamentarier und Regierungen gemeinsam im Konvent erarbeitet haben, darf von den Regierungschefs nicht einfach schnöde zu Fall gebracht werden. Der Konvent hat bewiesen, dass auch die große EU der 25 funktioniert, wenn man den Abgeordneten Gewicht gibt. Die irische Präsidentschaft hat darüber hinaus die große Chance, die wertemäßigen Grundlagen der Union, die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank und das große EU-Ziel von Wachstum in Verbindung mit Preisstabilität in der Verfassung klarzustellen.

Noch vor den Europawahlen im Juni 2004 muss Klarheit über die zukünftige EU-Verfassung herrschen.

Christian Schmidt trifft Geoff Hoon

Bei einem Treffen mit dem britischen Verteidigungsminister Geoff Hoon in London hat der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestags-



fraktion, Christian Schmidt, dazu aufgefordert, die deutsch-britische Zusammenarbeit zu stärken.

Beide Länder müssten sich als Brückenpfeiler im transatlantischen Bündnis sehen und sich zur Aufgabe machen, ein zu starkes Auseinanderdriften zwischen den USA und Frankreich zu verhindern. In diesem Zusammenhang begrüßte Schmidt die „Eindampfung“ des Pralinengipfels auf die jetzt in Neapel getroffenen Entscheidungen. Weiter sprach Schmidt sich dafür aus, die gemeinsamen Projekte im Bereich der Verteidigungspolitik weiter voranzutreiben. Dabei ging es vor allem um einen gemeinsamen europäischen Flugzeugträger, dessen Bau Tony Blair und Jacques Chirac im Februar dieses Jahres vorgeschlagen haben.

Schmidt und Hoon stimmten darin überein, dass auch für die europäische Verteidigungspolitik die Nato Priorität vor der Europä-

ischen Union habe. „Wir teilen beide die Hoffnung, dass der leidige Streit um ein europäisches Hauptquartier jetzt beigelegt ist und dass wir uns jetzt wieder den Sachthemen zuwenden können“, sagte Schmidt. Priorität hätte dabei für beide der weitere Aufbau der Nato Response Force.

Christian Schmidt, der für Deutschland die Schaffung einer Nationalgarde nach amerikanischem Vorbild vorgeschlagen hatte, informierte sich außerdem über die „Civil Contingencies Reaction Forces“ (CCRF), mobile Einheiten, die derzeit in Großbritannien aufgebaut werden, um die Armee in Katastrophenfällen bei der Heimatverteidigung zu unterstützen. Großbritannien sei hier schon einen Schritt weiter als Deutschland, sagte Schmidt nach seinem Gespräch mit Hoon. Hier habe man unmittelbar auf die neuen Bedrohungen reagiert und in den Heimatschutz investiert. Für Deutschland könnten die CCRF als Vorbild dienen.

Neben dem Treffen mit Verteidigungsminister Geoff Hoon standen Termine mit dem Schattenverteidigungsminister Nicholas Soames und Gespräche mit verschiedenen Organisationen auf dem Programm.

UID

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

